

Redebeitrag Solidarsemester 27.06.20

Die Folgen des digitalen Semesters sind weitreichend. Und dabei bleibt es auch nicht bei ein wenig "Geruckel", wie der niedersächsische Wissenschaftsminister Thümler so schön formulierte. Die niedersächsischen Hochschulen seien auf digitale Lehrangebote gut vorbereitet, die Angebote seien auf Online-Lehre umgestellt. In der Realität der Studierenden und Lehrenden sieht es aber ganz anders aus:

Während es in einigen Studiengängen ganz gut zu funktionieren scheint, die Lehrinhalte online anzubieten, sieht es in Studiengängen mit Praxisanteil schon ganz anders aus: Nötige Praktika und Exkursionen können kaum stattfinden. Und selbst wenn die Inhalte theoretisch abrufbar sind, heißt das noch lange nicht, dass das auch so funktioniert.

Von ein bisschen "Geruckel" kann nicht die Rede sein, wenn die Internetverbindung abbricht, Kinder laut im Garten spielen oder gleich in der eigenen Wohnung, die Nachbar*innen ihre Musikalität ausleben, wichtige Bücher oder technische Mittel nicht zur Verfügung stehen. Wenn der soziale Kontakt und der Austausch mit Kommiliton*innen fehlt, das Schlafzimmer zum Arbeitszimmer wird und die Sorge um nahestehende Menschen überhandnimmt: Wie soll man da studieren? Ganz abgesehen von den Folgen, die finanzielle Sorgen auf die mentale Gesundheit haben.

Die aktuelle Situation zeigt einmal mehr, wie sehr die Einschätzung von manchen Politiker*innen an der Realität vorbeigeht und dass Politik, die von überwiegend privilegierten Menschen kommt, benachteiligte Gruppen nicht mitdenkt. Um es mit den Worten der Zeit auf den Punkt zu bringen: "Die Lücke zwischen jenen, die klarkommen, und jenen, die sich nicht zu helfen wissen oder können, reißt im Ausnahmezustand auf."

Dass die Forderung nach einem Kann-Semester umsetzbar ist, zeigt Baden-Württemberg. Wie die Wissenschaftsministerin Theresia Bauer gestern verkündete, wird die Regelstudienzeit für alle Studierenden um ein Semester verlängert. Dadurch verlängert sich auch automatisch die BAföG-Förderungsdauer.

Auch in Bayern wurden Maßnahmen angeordnet: Für die fast 400.000 Studierenden wird das Sommersemester nicht auf die Regelstudienzeit und das BAföG angerechnet.

In Nordrhein-Westfalen und Hessen gelten die gleichen Regelungen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten tragen die jeweiligen Landesregierungen.

Niedersachsens Wissenschaftsminister müsste also nicht einmal Neuland betreten, sondern würde lediglich dem bundesweiten Trend folgen. Dass dies bisher nicht getan wurde, bedeutet eine schwere Benachteiligung aller niedersächsischen Studierenden und reiht sich in die fortschreitende Unterfinanzierung der Hochschulen in den letzten Jahren ein.

Wir schließen uns den Forderungen des AStAs an und fordern Minister Tümler auf, ebenso wie Bayern und NRW, eine Verordnung zum Kann-Semester zu erlassen, so dass allen Studierenden in Niedersachsen geholfen wird und die vielen Nachteile beseitigt werden. Außerdem fordern wir das Land auf, endlich mehr Geld für das Wissenschaftsministerium bereitzustellen. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt der Landesregierung vergangenen Dienstag wurden über 8 Milliarden Euro zur Bewältigung der Corona Krise locker gemacht.

Investitionen in Bildung fehlen dort, stattdessen wird der Fuhrpark der Polizei für 37 Millionen Euro modernisiert. Es wird deutlich, was Priorität hat und was nicht.

Bildung und der barrierefreie Zugang zur Bildung sind fundamental für die Zukunft. Das sollte die Landesregierung begreifen.